

TOP 3.7.2 Vermögensverteilung (OeNB-Erhebung 2. Welle)

1. Beschreibung der Problematik

Der Household Finance and Consumption Survey 2014 der OeNB zeigt: Die **Verteilung von Vermögen** ist nach wie vor **extrem ungleich**. Die **untere Hälfte besitzt weniger als 5 %** des gesamten Vermögens (abzüglich Schulden). Umgekehrt haben die obersten 5 % fast 45 % des Vermögens (1. Welle: fast die Hälfte). **Es gibt bei Vermögen in Österreich keine breite Mittelschicht**, wie wir sie von den Einkommen kennen.

Zudem herrscht bei Vermögen noch **viel Unwissenheit, vor allem bei den Reichen** ist es in den Daten belegt. In den obersten 10 % glaubt kein einziger Haushalt, dass er unter die reichsten 10 % fällt.

2. Auswirkungen

Die starke Schiefe bei den Vermögen hat große Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Für das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen sind vor allem zwei Punkte ausschlaggebend:

- Großer Reichtum wird kaum erarbeitet, sondern durch Erbschaften über Generationen hinweg weitergegeben. Das verstärkt auch die Vermögenskonzentration und verhindert soziale Mobilität. Das empfinden viele Menschen als ungerecht.
- Die Vermögenskonzentration zieht eine Schiefe in der Demokratie nach sich. Viele ärmere Menschen fühlen sich nicht mehr von der Politik repräsentiert und verzichten auf ihre politische Teilhabe. Im Gegensatz dazu nutzen Reiche ihre großen Vermögen um sich Vorteile in Politik und Gesellschaft zu schaffen (Lobbyismus, Spenden, Think Tanks etc.). Die Einflussnahme durch große Vermögen empfinden ebenfalls viele Menschen als ungerecht.

Selbständige/UnternehmerInnen und LandwirtInnen haben im Durchschnitt bei weitem das höchste Vermögen. Aber auch innerhalb der Selbständigen herrscht große Ungleichheit: der Haushalt genau in der Mitte der Verteilung hat bei den Selbständigen ca. 370.000 Euro. **Angestellte und ArbeiterInnen sind weit abgeschlagen**. Arbeitslose haben praktisch kein Vermögen.

Tabelle 1: Nettovermögen nach Berufen (in €)

	Durchschnitt
Selbständig / UnternehmerInnen	1.320.000
LandwirtInnen	897.000
Angestellte	207.000
ArbeiterInnen	123.000
Arbeitslos	40.000

Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB

3. Position/Forderung der AK

Der größte Schwachpunkt der OeNB-Erhebung ist die **schlechte Erfassung der Reichen**, also der Vermögen am obersten Ende der Verteilung. In der 1. Welle waren 5 % Millionärshaushalte; in der 2. Welle ist dieser Anteil kleiner geworden. Hier klaffen Messung und Wirklichkeit offensichtlich auseinander – reiche Haushalte sind noch seltener in der Erhebung enthalten als in der letzten Welle. Wahrscheinlich haben sie nach der öffentlichen Diskussion um Vermögensbesteuerung noch seltener geantwortet.

Es braucht daher unbedingt eine bessere Erfassung der hohen und höchsten Vermögen. Das kann durch Oversampling (= **größere Stichprobe bei den Reichen**) erreicht werden. Die meisten anderen Euro-Nationalbanken machen das bereits, die OeNB hat hier Aufholbedarf. Dazu braucht es eine **Kooperation zwischen OeNB, Finanzamt und Statistik Austria**. Da die 3. Welle des HFCS bereits am Anlaufen ist, herrscht hier **große Dringlichkeit**.

Die Abteilung Wirtschaftswissenschaft plant, wie schon bei der ersten HFCS-Welle, eine Reihe von Studien zu vergeben, die sich wissenschaftlich mit unterschiedlichen Aspekten der Vermögensverteilung auseinandersetzen und auch Anlass für Präsentationen der Ergebnisse in der Öffentlichkeit schaffen. Hierbei werden – folgend dem bewährten Konzept der 1. Welle – wieder Kooperationen mit Länderkammern angestrebt. Nachfolgend stichwortartig die Themen, KooperationspartnerInnen und bestgeeignete Institute:

- Korrektur der Untererfassung (AK Wien und AK OÖ): ICAE und JKU Linz
- Kapitaleinkommen in Europa und Österreich (AK Wien und AK NÖ): WU-Institut INEQ
- Erbschaften und Vermögensungleichheit (AK Wien und AK Steiermark): wiiw
- Soziale Mobilität und Vermögen: WU-Institut INEQ

Die AK hat bereits jetzt in der wissenschaftlichen Gemeinschaft das Ansehen, die Verteilungsforschung in Österreich deutlich voranzutreiben. Das soll mit der 2. Welle des HFCS bekräftigt werden.

Als politische Forderung, die sich aus der Vermögensschiefelage ableitet, ist weiterhin die Erbschaftsteuer zentral. Anhand dieser Forderung können viele Fragen der Verteilung adressiert werden: Vermögenskonzentration, dynastische Vererbung, soziale Mobilität, Verteilungsgerechtigkeit, Finanzierung des Wohlfahrtsstaates etc.